

Zivilcourage trotz hohen Risiken

Missbräuche bei Covid-Hilfen führen zu einer Rekordzahl an Whistleblower-Meldungen aus dem Privatsektor. Dabei sind Hinweisgeber miserabel geschützt

Zoé Baches

Es ist ein massiver Sprung nach oben: 484 Meldungen wurden im letzten Jahr bei der Whistleblowing-Stelle der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) von Hinweisgebern eingereicht. Sie berichten zumeist anonym über einen möglichen Missbrauch in einer Firma oder einem öffentlichen Amt. Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein Anstieg von 159%. 2019 waren es noch 187 Meldungen, vorher waren die Zahlen Jahr um Jahr leicht gestiegen.

Die Explosion der Meldungen ist auf 313 Eingaben im Zusammenhang mit Covid-19 und den Unterstützungsmassnahmen des Bundes zurückzuführen. Gemeldet wurden vor allem Missbräuche bei Überbrückungskrediten und Kurzarbeitsentschädigungen. Der Grossteil der Meldungen stammte aus der Privatwirtschaft, kam von Kunden, Lieferanten und von Mitarbeitern.

Schlusslicht Schweiz

Das ist äusserst überraschend. Gilt die Schweiz international doch als eines der Schlusslichter beim Schutz von Whistleblowern. So verweist die heutige, sehr offen gehaltene Regelung im Obligationenrecht den Richter einzig auf eine Interessenabwägung zwischen der arbeitsrechtlichen Treuepflicht und Offenlegungssinteressen - und bietet damit wenig Rechtssicherheit für Hinweisgeber.

In Europa setzen die EU-Mitglieder derzeit die neue europäische Richtlinie zum besseren Schutz von Whistleblowern um. In der Schweiz dagegen versenkte das Parlament im letzten Jahr nach jahrelanger Diskussion ein entsprechendes Gesetz - in einer Allianz zwischen links und rechts. Das Thema dürfte nicht so schnell wieder aufs politische Parkett kommen.

Die wenigen publik gewordenen Fälle zeigten in aller Deutlichkeit die «enormen Risiken», die jeder Hinweisgeber eingeht, erklärt Martin Hilti, Geschäftsführer von Transparency International Schweiz. Dass der Preis,

den ein Whistleblower zahlt, enorm sein kann, zeigen Fälle wie jener von Adam Quadroni, Informant zu den Baukartellen im Bündnerland. Er ist ruiniert. Aber auch jener des leitenden Arztes am Universitätsspital Zürich, der Missstände in der Herzchirurgie meldete. Ihm wurde gekündigt, später auch sein Name publik gemacht. Gegenüber SRF erklärte der Arzt jüngst, dass er wohl besser weggeschaut hätte.

Warum entscheiden sich derzeit trotz diesen abschreckenden Beispielen und dem schlechten rechtlichen Schutz dennoch derart viele Personen, aktiv gegen Missstände in der eigenen Firma vorzugehen?

Der rasante Anstieg der Meldungen beruhe auf der Ausnahmesituation wegen Covid-19, sei diese vorbei, könnten die Zahlen wieder auf das normale Niveau zurückgehen, sagt Eric-Serge Jeannot, Vizedirektor der EFK. Es sei vielen Angestellten bewusst gewesen, dass ein Betrug ihrer Firma bei Covid-19-Hilfen jeden auch persönlich als Steuerzahler treffe. Für viele sei die persönliche Schmerzgrenze überschritten worden, als die eigenen Chefs versucht hätten, unrechtmässig an Geldern zu kommen.

Aber: Laut Jeannot habe das vergangene Jahr auch gezeigt, dass Mitarbeiter generell sensibilisierter geworden seien, wenn sie Vorgänge am Arbeitsplatz beobachten, die sie als unethisch und ungerecht empfinden. Jeannot rechnet aus diesem Grund «vorsichtig» damit, dass auch nach Ende der Pandemie mehr Meldungen auf der Plattform eingehen könnten.

Bisher wurde die Schweiz international als ein Land wahrgenommen, das sich sehr schwer tut mit Transparenz, auch weil der Schutz der Privatsphäre hier hohes Gewicht hat. Dieser kulturelle Unterschied zeigte sich auch im Whistleblower-Report 2019, für den fast 1400 britische, französische, deutsche und Schweizer Firmenvertreter befragt wurden. So waren die Schweizer die Einzigen, die auf die Frage, warum sie keine firmeninterne



Das Unispital Zürich ist ein abschreckendes Beispiel dafür, wie mit Whistleblowern umgegangen wird.

Meldestelle eingerichtet hätten, besonders oft erklärten, sie wollten «eine Denunzierungskultur vermeiden». Whistleblower galten hierzulande lange als Verräter und nicht etwa als Personen, die mutig einem ungerechten Treiben ein Ende setzen wollen.

Doch hat in der letzten Dekade, von vielen in Politik und Wirtschaft unbemerkt, ein tiefgreifender Wandel in den Moralvorstellungen der Bevölkerung stattgefunden. Themen, die früher oftmals als «Soft Factors» abgetan wurden, stehen heute bei vielen ganz oben: Governance, Nachhaltigkeit, Diversität oder eben Transparenz. Auch Martin Hilti

sieht Bewegung rund um die Wahrnehmung von Whistleblowern. Er nennt als Beispiel das Crowdfunding, das für Quadroni in kürzester Zeit organisiert und bei dem bis heute über 260 000 Fr. gesammelt wurden. «Es gibt offensichtlich viele Menschen, die es richtig finden, was der Mann getan hat, und die bereit waren, ihn auch finanziell zu unterstützen», so Hilti.

Andreas Freimüller, Promotor der unabhängigen Whistleblower-Meldestelle Swissleaks, betont, dass es hierzulande viel zu langsam vorangehe mit den dringend notwendigen besseren Schutzmassnahmen für Whistle-

blower. Er verweist auf Serbien, das einen sehr weitgehenden Schutz umgesetzt habe. Dennoch sieht auch Freimüller eine Veränderung in der öffentlichen Wahrnehmung. Er nennt den Fall Christoph Meili. Dieser machte 1997 die geplante Vernichtung alter Bankbelege über nachrichtenslose Vermögen von Holocaust-Opfern bei der damaligen Bankgesellschaft publik.

Die Grossbank hatte damals die alleinige Deutungshoheit, so Freimüller. «Sie war so mächtig, dass sie in der öffentlichen Wahrnehmung das Narrativ eines Nestbeschmutzers Meili durchsetzen konnte.» Heute sei es für eine Firma viel schwieriger geworden, kritische Stimmen zu unterdrücken, dies vor allem dank Internet und Medien. Das zeigte sich nun auch bei Fällen wie Quadroni.

Umdenken bei Firmen

Es ist heute unbestritten, dass Firmen davon profitieren, wenn möglichst früh auf mögliche interne Fälle von Korruption, Betrug, Diebstahl, sexuellem Missbrauch oder einer Fälschung reagiert werden kann. Schweizer Firmen, vor allem grössere und international tätige, haben denn auch grösstenteils firmeninterne Meldestellen eingerichtet.

Knackpunkt aber bleibt die Wahrung der Anonymität des Whistleblowers. Gerade bei firmeninternen Meldungen ist das oft nicht möglich. «Im schlimmsten Fall gibt es genau einen Zeugen für einen Betrug - wird hier den Hinweisen nachgegangen, ist Anonymität nicht mehr möglich», sagt Anna Myers vom Whistleblowing International Network. Für einen Hinweisgeber sei es deshalb entscheidend, frühzeitig entsprechenden juristischen Rat zu erhalten.

Bei den wirklich heiklen Themen, bei denen auch die Involvierung oberer Chargen nicht auszuschliessen ist, sollte man sich besser direkt bei externen Plattformen melden.

So versucht die EFK, die Identität der Hinweisgeber bestmöglich zu schützen. «Wir sagen nie, dass wir einen Tipp bekommen haben, wenn wir uns generell selber zu einer Prüfung vor Ort entscheiden», sagt Jeannot. «Wenn wir entscheiden, die Informationen dafür an das entsprechende Aufsichtsorgan weiterzuleiten, plausibilisieren und anonymisieren wir diese, damit die Hinweisgeber nicht erkannt werden können.»

Eine ganze Reihe von Hinweisgebern konnte so anonym bleiben und den alten Job behalten.

313

Meldungen haben Whistleblower letztes Jahr allein wegen Missbräuchen von Covid-19-Hilfen erstattet.

Bank **WIR**

«Seit Generationen. Für Generationen.»

Giuseppe und Flavia Landolfi, Landolfi Group, Oberentfelden, WIR-Netzwerker

Modernes Banking für KMU und Private

Gemeinschaft. Mehrwert. Schweiz.

wir.ch